

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 3/21

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Auch in Mülheim: Perspektivlosigkeit greift um sich?

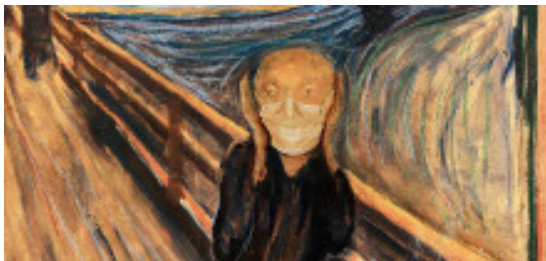
Deutschland weiter im Corona-lockdown bedeutet auch in Mülheim für nicht wenige eher knockdown, vor allem aber ziemlich trübe Zukunftsaussichten. Es blutet einem das Herz, an geschlossenen Läden und Kneipen vorbeizugehen und fast täglich einen neuen Leerstand zu bemerken. Ähnlich deprimierend ist der Anblick von halb oder fast ganz leeren Bussen und Bahnen. Wie der schon vor Corona konzeptionslose und hoch defizitäre ÖPNV in Mülheim in Zukunft seinen wesentlichen Beitrag zur Verkehrswende wird beitragen können, ist ungewisser denn je.

Am 21. März sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Also war zu erwarten, dass die Corona-Runde in Berlin der gestressten und genervten Bevölkerung Lockerungen verkünden werde. Nach dem unverzeihlichen Impfchaos, nach immer neuen Skandalen mit hochrangigen Berliner Politikern, die die Corona-Krise als Eldorado für die klassische Klüngel- oder Amigo-Wirtschaft nutzten usw. fanden Merkel&Co keine nachvollziehbare Lockerungsstrategie und so wurde das Durcheinander noch größer. Wie im Bild rechts fühlen sich nicht nur Gewerbetreibende nach diesen willkürlichen Teillockerungen. Und das Schlimmste: Auch nach 1 Jahr Abwürgen von Leben und Wirtschaft weiß immer noch niemand, was wie lange und mit welchen Perspektiven passieren wird.



Die Krisenstadt Mülheim wirkt im lockdown sogar fast wie gelähmt

Auch ohne Corona schweben dunkle Gewitterwolken über der Ruhrstadt nicht nur wegen der selbstgemachten Haushaltskatastrophe, sondern auch mit dem Aderlass bei Siemens u. v. a. Firmen sowie den vielen in der Vergangenheit falsch gestellten Weichen der Stadtpolitik (von Ruhrbania über viele PPP-Abenteuer, ausgegliederte GmbHs usw. bis hin zur teuer vermurksten Verkehrsführung). Der neue OB und das schwarz-grüne Bündnis lassen nicht erkennen, dass sie außer der Schaffung vieler neuer Pöstchen Konzepte gegen die Malaise entwickeln wollten. Die kommunale Demokratie ist mit Verweis auf Corona nur noch ein zahnloser Alibi-Abklatsch ihrer selbst, diverse Teile der Verwaltung haben sich völlig verselbständigt und selbst der Winterdienst war bei ein paar Tagen Schnee völlig überfordert. Man verliert mitunter den Glauben, noch in einer funktionierenden Kommune zu leben.



Dabei gehört die kommunale Demokratie neben dem ÖPNV, der verödenen Innenstadt und der heraufziehenden Bildungskatastrophe zu den großen Verlierern durch die Pandemiebekämpfungsmaßnahmen. Es wird schwierig werden, diese lebenswichtigen Bereiche zumindest wieder auf den vorherigen, bereits fehlerhaften Stand zurück zu befördern.

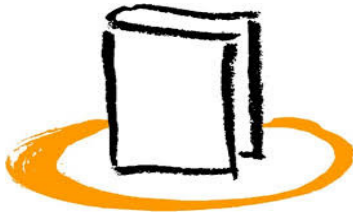
Auf den folgenden Seiten:

- Schwarz-Grün-Gelbe Kahlschläge wie Schließung der Stadtteilbüchereien und die Beendigung der Rentenberatung, für den ÖPNV dagegen erschreckende Konzeptlosigkeit! S. 2
 - Aus Olympia 2032 Rhein-Ruhr wird wohl nix. Das Ruhrgebiet braucht ganz andere Projekte! S. 3
 - Bewegung auf dem Tengelmann-Areal: Städtebaulicher Wettbewerb, Impfzentrum, "Körperwelten"... S. 3
 - Selbstbedienungsladen MH? 1,2 Mio. Corona-Bonus für Stadtangestellte, Spitzgehälter für Chefs . S. 4
- Einlegeblatt:** Die beschämende 10 Jahre dauernde VHS-Episode fffff. und "Das Elend mit der Ibing-Ruine oder: Wenn Immobilienspekulanten Stadtplanung machen"

Schwarz-Grün-Gelbe Kahlschläge ohne Not?

Beispiel Stadtteilbüchereien

Mit sog. Haushaltsbegleitantrag beschloss Schwarz-Grün zusammen mit der FDP am 19.2. u.a. die Schließung der Mülheimer Stadtteilbüchereien, ohne vorher auch nur mit den Betroffenen zu sprechen. Rechts im Bild die beliebte Stadtteilbibliothek an der Frühlingstr. in Speldorf.



Der "Freundeskreis der Stadtbibliothek" verschickte nun einen entsetzten Brief: Hier Auszüge: "Laut Statistik besuchen täglich 536 Kinder und



Erwachsene die Stadtteilbüchereien, die Eltern werden die jüngeren Kinder nicht allein in die Stadt zum MedienHaus fahren lassen. Ganz abgesehen davon, dass auch dann noch Kosten entstünden. Gerade in dieser Zeit, in der Kinder und Jugendliche durch fehlende oder eingeschränkte Unterrichtszeiten einen erhöhten Bedarf an Bildung und Kommunikation haben, werden Kultureinrichtungen abgebaut. Viele Kinder wollen auch über ihre Sorgen und Nöte berichten, sie suchen Zuhörer. das ist ein "Ausbluten der Kultur", denn gut funktionierende Kultureinrichtungen werden abgeschafft. Die Vorstellung, mit Ehrenamtlichen des Freundeskreises der Stadtbibliothek - wie es angedacht ist - den Abzug des eigenen Fachpersonals ausgleichen zu können, um einen wie immer gestalteten Betrieb fortzuführen, ist eine absurde Forderung und nicht realisierbar. Diese Idee verkennt total den Leistungsumfang, der in den Schul- und Stadtteilbibliotheken angeboten wird." Die MBI hatten beantragt, die diversen Punkte des schwarz-grünen Sammel-suriums-Antrags einzeln abzustimmen, doch CDU-Grüne+FDP schmetterten das ab!

Beispiel Rentenberatung

Der "Haushaltsbegleitantrag" enthält viel vage Punkte, konkret neben der Schließung von Stadtteil- und Schulbibliotheken nur noch die Beendigung der eigentlich nach §93 SGB IV gesetzlich vorgeschriebenen Rentenberatung. Deshalb haben die MBI für den kommenden Sozialausschuss die Anfrage eingereicht, wann denn die Stadt gedenke, als Konsequenz des Beschlusses das Versicherungsamt aufzulösen und welches Amt dessen Aufgaben denn dann übernehmen werde.

Fazit: Diese beiden kurzsichtigen schwarz-grün-gelben-Sparbeschlüsse sanieren den maroden Haushalt mitnichten, zerstören aber wichtige Infrastruktur!

Bankrotterklärung statt überlebensfähiges Mülheimer ÖPNV-Konzept

Eines der größten Mülheimer Probleme ist das ÖPNV-Desaster und dabei die vollständige Konfusion und Konzeptlosigkeit. Vorgestern wurde mit dem Etat 2021 beschlossen, die seit 3 Jahren jährlich beschlossenen 7 Mio. Einsparungen jährlich doch erst ab 2023 und "nur" mit 2 Mio die ersten Jahre anzusetzen. Auch dafür müsste aber ein Nahverkehrsplan (NVP) neu aufgestellt werden, denn der alte ist seit 5 Jahren in Teilen ohnehin nicht umsetzbar und dilettantisches Stückwerk. Auch die schwarz-grüne Kooperationsvereinbarung war zum Punkt ÖPNV erschreckend vage und konzeptionslos.

Kurzum: Eine Art Bankrotterklärung auf ganzer Linie.

Die MBI-Vorschläge liegen seit Jahren vor, doch **Verwaltung und neue schwarz-grüne "Stadtregierung" wurschteln lieber nur weiter wie gehabt!**

Die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen haben dem ÖPNV nicht nur in Mülheim schwer geschadet **und die Ruhrbahn hat bei dem kürzlichen Wintereinbruch auch noch kläglich versagt.** Das macht die Mülheimer Ratlosigkeit zum ÖPNV alles noch schwieriger.

Metropole Ruhr beim ÖPNV voll aus der Spur?

Defizite
Hohe Fahrpreise
Sanierungsstau
Schlechte Verbindungen

Verkehrsgesellschaften vereinigen!
Mülheimer Bürgerinitiativen

MBI

Berlin: 75 km 3,40 €
Ruhrgebiet: 65 km 15 €
Preisvergleich

© I.d.G.P. Mülheimer Bürgerinitiativen, Südbankstr. 1, 4100 Mülheim

Aus Olympiaträumen 2032 Rhein-Ruhr wird wohl nix!

Am 24. Februar verkündete Ministerpräsident Laschet noch großspurig, die Bewerbung von NRW für Olympia 2032 sei ausgereift und stünde unmittelbar bevor. Die Druckerschwärze mit Luschets Verkündung war noch nicht getrocknet, da bestimmte das IOC bereits wenig überraschend Brisbane in Australien zum absoluten Favoriten. Wahrscheinlich wurde mit dem Olympia-Aus eine spätere Blamage verhindert



Die Zeiten von Olympia als völkerverbindende Spiele der Jugend der Welt sind längst dem Mammon vollständig geopfert und als großer Innovationsschub in Nicht-Diktaturen ohnehin eher kontraproduktiv und viel zu teuer, wie nicht zuletzt Rio mehr als deutlich demonstrierte.

Doch der neue CDU-Chef und Möchtegerne Kanzler-Kandidat verkündete kurz später u.a. in der WAZ:

"Laschet will für Olympia weiterkämpfen"

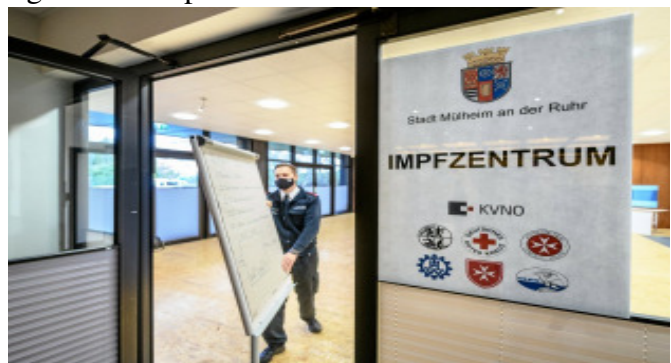
Der MBI-Nahverkehrsexperte G.-W. Scholl verfasste dazu folgenden Leserbrief, der auch etwas gekürzt in der WAZ vom 5.3.21 auf S. 2 zu lesen war: *"Wir Bürger im Ruhrgebiet wären froh, wenn Herr Laschet dafür „kämpfen“ würde, dass endlich (.....) das Kirchturmdenken der Stadtväter in „Wir“ sind das Ruhrgebiet umschlägt. Dass wir endlich einen flächendeckenden ÖPNV/SPNV bekommen, in dem es keine eingleisigen Eisenbahnstrecken mehr gibt, die kürzere Taktzeiten verhindern. Das Geld für Olympia wäre für den ÖPNV im Revier besser angelegt."*

Städtebaulicher Wettbewerb zur Zukunft des Tengelmann-Areals als "Parkstadt" soll im April beginnen

Ein städtebaulicher Wettbewerb soll die Zukunft des ehemaligen Tengelmann-Areals in Speldorf skizzieren. Derweil sind in Bestandsgebäuden die Umbauarbeiten angelaufen. Mit im Boot sitzt ein Architekturbüro, das schon anderswo in Mülheim nachhaltig Spuren hinterlassen hat. Noch im Frühjahr könnte der städtebauliche Wettbewerb für das alte Tengelmann-Areal in Mülheim starten. Investor Soravia spricht mittlerweile von einem Zeitraum von April bis Oktober für den Wettbewerb, über dessen Ergebnisse am Ende eine Expertenjury urteilen und „die besten Konzepte zur Schaffung eines offenen urbanen Quartiers“ auswählen soll. Unter anderem mit dabei: das Düsseldorfer Architekturbüro RKW, in Mülheim bestens bekannt durch die Ruhrbania-Planungen, den Bau des Fachmarktzentums am Heifeskamp, die Sanierung und den Umbau des Historischen Rathauses, den Umbau des heutigen Forum-Einkaufszentrums in den Jahren 1993/94 sowie die letztlich nicht von Erfolg gekrönten Planungen für eine Sparkassen-Akademie auf dem Ruhrbania-Baufeld an der Konrad-Adenauer-Brücke.

Soravia stellte übrigens der Stadt kostenlos das ehemalige Fortbildungszentrum auf dem Tengelmann-Gelände als Impfzentrum zur Verfügung. Außerdem:

Die umstrittene „Körperwelten“-Ausstellung ist weltbekannt, nun kommt sie nach Mülheim – ins Technikum auf dem ehemaligen Tengelmann-Areal in Speldorf. Man sieht also: Mit dem neuen Eigentümer kommt Leben nach Speldorf zurück.



Kontakt des verschollenen Tengelmann-Chefs zum russischen Geheimdienst?

Vor drei Jahren verschwand der Mülheimer Tengelmann-Chef Karl-Erivan Haub spurlos bei einem Ski-Ausflug in Zermatt. Alles deutete auf einen tragischen Bergunfall hin. Inzwischen glaubt in der Familie fast niemand mehr an einen Unfall. Haub bleibt verschollen. Seit Wochen recherchierte ein Team rund um ntv Reporterin Liv von Boetticher im Rahmen einer TVNOW-Dokumentation. Die Investigativ-Journalisten hatten exklusiven Zugang zu internen Tengelmann-Dokumenten und befinden sich in engem Austausch mit dem Ermittlerteam. Streng vertrauliche Dokumente weisen auf eine jahrzehntelange Verbindung Haubs zum russischen Geheimdienst hin. NTV: „*War zu 95 Prozent kein Unfall*“ – *Hatte Haub Kontakt zum russischen Geheimdienst? Kein Hollywoodfilm könnte ein besseres Drehbuch haben, oder?*

1,2 Mio. an Stadt-Mitarbeiter als zusätzliche Coronahilfen

Zur Erinnerung die Ausgangslage noch zu Jahresbeginn 2020:

Unsere kleine Großstadt Mülheim mit etwas über 170.000 Einwohnern war schon vor Corona unangefochten NRW-Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit damals ca. 11.500 €/Kopf, hatte über 2 Milliarden Schulden, über 1,1 Milliarden Kassenkredite ("Kredite zur Liquiditätssicherung") und noch schlimmer ein negatives "Eigenkapital" von über 600 Mio. €, d.h. eine hoffnungslose bilanzielle Überschuldung. Außerdem war/ist die Heimat bzw. Herkunft vieler Großindustrieller und Konzerne wie Stinnes, Thyssen, Tengelmann, Aldi-Süd, Metro-Beisheim, RWE+FWH-Großmann usw. laut Bertelsmann-Studie die deutsche Großstadt mit dem höchsten Verschuldungstempo im vergangenen Jahrzehnt. **Auch in Mülheim hat die Pandemiebekämpfung seit März 2020 die städtischen Einnahmen drastisch reduziert, viele coronabedingte Mehrausgaben erzeugt und vor allem enorme Folgeprobleme in Gang gesetzt wie ein noch größeres ÖPNV-Desaster, die bedrohliche Innenstadt-Verödung und die heraufziehende Bildungskatastrophe.**

Der Haushalt 2021, der unter der Devise "Weitermachen wie gehabt" beschlossen wurde, kann dementsprechend insgesamt nur so zukunftsweisend sein wie die Gewissheit, dass Schalke in der Bundesliga bleibt oder der BVB deutscher Meister wird.

Und dann auch noch folgende Meldung in der WAZ:

*"Corona-Prämie im öffentlichen Dienst: Steuer- und sozialversicherungsfrei
Etwa 1200 Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben im Dezember 600 Euro bekommen, 1000 erhielten 400 Euro, 250 bekamen 300 Euro und 100 Auszubildende und Praktikanten profitierten von der Sonderzahlung. Die Sonderzahlung war steuer- und sozialversicherungsfrei. Da es sich um eine tarifvertragliche Regelung handelt, hat die Stadt keine Erstattungen für diese Auszahlungen bekommen....."*

Es fällt schwer, dazu keine bissigen Kommentare abzugeben! (Nein, es handelt sich nicht um eine sog. "freiwillige" Maßnahme, weil tariflich vereinbart, dennoch darf man wenigstens fragen, ob eine hyperbankrotte Stadt wie Mülheim darauf nicht doch zumindest teilweise hätte verzichten können, was z.B. in vielen Betrieben bzgl. Weihnachtsgeld o.ä. wegen Corona geschah und dort waren oder sind Arbeitsplätze massiv gefährdet anders als im öffentlichen Dienst!)

Bonan, Weck & Co.: Großverdiener einer bankrotten Stadt



Über eine jährliche Gehaltserhöhung würde sich jeder Arbeitnehmer freuen, doch was für viele nicht die Regel ist, ist im öffentlichen Dienst Usus - auch bei den Geschäftsführern der Mülheimer Stadttochter. Laut Beteiligungsbericht 2019 war Sparkassenchef Weck mit 438.999 € wie

immer der Spitzenreiter, gefolgt vom den Ruhrbahnchefs Bonan mit 416.000 und Feller mit 395.000 €, dann Werner (Sparkasse) mit 376.000 €, Dönnebrink (BHM, medl u.a.) mit 322.000€, Timmerkamp (SWB) mit 159.000 €, Keppers (Sozialdienste) 157.000 €, Kammerichs (MST) mit 155.000 €, Exner (Betriebe) mit 120.000 € und Schlötke (Theater) mit 118.000 €.

Die rabiataste Erhöhung von über 10% verzeichneten die beiden Ruhrbahn-Chefs, da sie 2018 nach der Diskussion um ihre skandalös hohen Gehälter erst einmal auf Extrazahlungen, die sog. "Erfolgsprämie" "großzügig" verzichtet hatten! **Viele Mülheimer Bürger/innen sind sehr aufgebracht, dass OGS-Zuschüsse gestrichen, der VHS-Bürgerentscheid nicht umgesetzt, Stadtteilbüchereien geschlossen werden, Bonan, Weck & Co. aber derart abkassieren! Und wofür???**

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Die beschämende 10 Jahre dauernde VHS-Episode fffff.



Läßt man die lange und beschämende Vorgeschichte zu der bisherigen Nicht-Umsetzung des erfolgreichen Bürgerentscheids zur Wiedertüchtigung des VHS-Denkmal in der MüGa als Volkshochschule beiseite, so orakelte die WAZ Ende Feb. ungeachtet dessen: „**Die Rückkehr der VHS an die Bergstraße macht einen weiteren Schritt**“ Der Antrag, die Brandschutzsanierung der VHS

im Investitionshaushalt des Immoservice zu verankern, wurde am 19.2. aber eiskalt von der Tagesordnung gestimmt. Das städtische Angebot vom Vortag der Etatsitzung an den VHS-Architekten, Herrn Teich, ihm nach 3 Jahren nun relativ zeitnah doch Zugang zum Gebäude zu gewähren, begrüßen auch die MBI natürlich ausdrücklich. Wenn allerdings Herr Teich dabei zusammen mit Prof. Pfeifer vornehmlich nur das einstige teure Gefälligkeitsgutachten für IS und Kämmerei besprechen soll, so kann man das nur als weiteres Hinhaltenmanöver ansehen. Genau das will aber die WAZ aber anscheinend schönreden, vgl. Artikel weiter unten. Die Vera. des renommierten Architekten trotz seines zweifelsfreien Urheberrechts ist allerdings ein ungeziemlicher Umgang in einer mitteleuropäischen Gesellschaft, ganz abgesehen davon, dass auch das demokratische Votum des Bürgerentscheids mit Füßen getreten wird!

Herr Teich stimmte einem Termin am 18. März zu, machte aber deutlich, dass er und Prof. Pfeiffer nicht gewillt seien, in eine Art Gutachterstreit einzutreten, weil sie sich endlich selbst ein Bild machen wollten. Darauf antwortete der OB erneut mit einem mehr als unfreundlichen Brief. Dazu folgende Stellungnahme des MBI-Sprechers:

Was im Schreiben des OB richtig übel aufstößt, ist der überhebliche und arrogante Ton der Respektlosigkeit. Deshalb zur Erinnerung:

Der Bürgerentscheid vor eineinhalb Jahren war deutlich und eindeutig. Die Verwaltung des OB HAT DADURCH den UNMISSVERSTÄNDLICHEN AUFTRAG, den Entscheid umzusetzen. Das will sie nicht, wie auch diesem Schreiben des OB recht deutlich zu entnehmen ist. Die "Fachleute meines Hauses" (O-Ton Buchwald) sollen Herrn Teich und Prof. Pfeiffer zeigen, wie das VHS-Gebäude zu betrachten ist und später entscheiden, "... ob die ggf. neu aufgerufenen Sanierungskosten (Anm. von Prof. Pfeiffer) in Abgrenzung zum Gutachten der renommierten Assmann Gruppe ebenfalls verlässlich und absolut gesichert sind, ..." usw. blablabla.

Mal abgesehen davon, dass diese sog. Fachleute insbesondere aus Kämmerei und Immoservice die einst blühende Stadt Mülheim bereits auf breiter Front in die finanzielle Überschuldung und den Zerfall befördert haben, muss man bedenken:

1.) Herr Teich hat keinesfalls die Aufgabe, für den OB und seine "Fachleute" die Arbeit zu machen, die sie verweigern! Es ist sehr großzügig von ihm, dennoch seine Hilfe anzubieten.

b.w.

- 1.) *Dass er dafür kein Dankeschön von der Stadtspitze hört, ist bereits mehr als unhöflich. Dass ihm und Prof. Pfeiffer auch noch unterstellt wird, dass sie die VHS nicht "verlässlich" und "nicht absolut gesichert" beurteilen könnten, ist dreist und unverfroren, zeugt aber entweder von einer durch nichts gerechtfertigten Hybris oder aber von unausgesprochenen anderen Zukunftsplänen für das denkmalgeschützte Gebäude bzw. sein hoch attraktives Grundstück.*
- 2.) *Zielsetzung der Teich/Pfeifer-Expertise ist die Erstellung eines realistischeren und unabhängigen Konzepts für Brandschutzsanierung sowie für ein Gesamtkonzept einer evtl. nötigen Renovierung, nicht die Begutachtung des insgesamt wenig tauglichen Assmann-Gutachtens. Herr Teich kennt das Gebäude bestens und Herr Prof. Pfeifer ist Fachmann genug, um sich selbst ein Bild machen zu können. Die Expertise, die er danach erstellen und der Stadt zur Verfügung stellen würde, wäre ohnehin Grundlage zu Beratungen der Stadt.*
- 3.) *Herr Teich besitzt unzweifelhaft Urheberrechte an der VHS. Wenn ihm nach 3 Jahren der barschen Verweigerung nun doch Zugang zum Gebäude gewährt wird, so ist das kein Gnadentakt, sondern selbstverständlich und lange überfällig.*

Die Verwaltung scheint jedenfalls höllisch Angst davor zu haben, dass eine solche fachliche Beurteilung zu wesentlich anderen Vorschlägen bzgl. der Wiederinstandsetzung des VHS-Denkmals und nicht zuletzt auch der anfallenden Kosten kommen wird als das Assmann-Gefälligkeitsgutachten für den IS und den Kämmerer!

Nur am Rande: Es ist vor allem der Kämmerer Mendack -ehemaliger Mühlenfeld-Assistent und bei dem schändlichen Meuchelmordversuch gegenüber dem vorherigen OB Hauptakteur, der sich vehement seit Jahren für die Zerstörung der beliebten VHS in der MüGa stark machte. Derselbe Mendack hatte z.B. als Immobiliendezernent vor ca. 2 Jahren öffentlich geäußert, er werde dem Immoservice ggfs. persönlich die Schlüssel wegnehmen, falls dieser Herrn Teich sein Gebäude besichtigen lassen wollte. **Noch Fragen?**

Wenn Immobilienspekulanten Stadtplanung machen, z.B. Ibing-Ruine

Die MBI beantragten Mitte 2010, zur Umnutzung des Lindgens-Areals auch Ibing und Rauen mit einzubeziehen und damit die gesamte Mülheimer Baupolitik umzuorientieren. Ziel sollte sein, hochwertiges Wohnen auf den Brachen in Broich zu ermöglichen und dafür die vielen schädlichen Baupläne im Außenbereich oder in sensiblen Flächen aufzugeben. Die SPD blockierte den MBI-Vorstoß. Dann schwenkte etwas später urplötzlich die SPD-OB Mühlenfeld um und sie verkündete die MBI-Vorschläge als ihre. So konnte sie 2010 auf der Expo-Real überhaupt noch etwas präsentieren und das (Pläne für Lindgens- und Rauen-Gelände) war dort der ganz große Renner. Danach lockerte die SPD ihre Blockade und eine Bereichsplanung für alle Gelände zusammen wurde am 1.2.11 beschlossen.

Ex-Eigentümer Lindgens wollte, nachdem er 2009 beim Standort für die Fachhochschule nicht gerade auf die feine englische Art ausgebootet worden war (zu Gunsten von MWB), danach zusammen mit Hochtief auf seinem Gelände ein größeres Wohnbauprojekt realisieren. Obwohl das bereits weit fortgeschritten war, machte die Stadt 2011 deutlich, sie werde das nicht genehmigen. Hochtief stieg aus und Lindgens verkaufte notgedrungen an das bekannte Mülheimer Konsortium aus MWB, Sparkasse und Hoffmeister.

Die neuen Eigentümer machten aber fast 5 Jahre keine Anstalten, das Grundstück entwickeln zu wollen. (Sicherlich wollte man den damals arg gefährdeten Ruhrbania-Bauplänen des MWB nicht schaden.)

2015 hatte der MWB angeblich einen größeren Gewerbebetrieb für das Lindgens-Gelände an der Angel. Hektisch auf SPD-Betreiben hin stoppte die Stadt deshalb alle Vorüberlegungen und Untersuchungen für die Jahre zuvor einstimmig beschlossene Bereichsplanung Kassenberg. Dann wurde nichts mit der Gewerbeansiedlung und MWB+Sparkasse änderten ihre Wünsche weg von einer industriellen Nutzung. "Brav" hatte die Stadt das 2015 eingeleitete Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan erst angehalten und dann im Laufe von 2016 wieder fortgeführt. Diese FNP-Änderung wurde einzig für das MWB-Gelände durchgeführt, die angrenzenden Flächen von Ibing-Brauerei und Steinbruch Rauen blieben außen vor, entgegen der beschlossenen Bereichsplanung!

2019 wurde für die Pläne zur IGA 2027 eine "Grüne Mitte" für Mülheim mit einer Bebauung von Lindgens-Areal, Ibing und Rauen vorgestellt, recht vage und ohne mit den Grundstückseigentümern von Ibing und Rauen abgestimmt zu sein.

